

Syriens geläuterte Islamisten

Das Land bricht leise auf. Anzeichen für eine politische Liberalisierung

VON CARSTEN WIELAND

DAMASKUS. Es riecht nach Brat-
hähnchen, Kebab und Feuer in
Salahia, dem modernen Stadtzen-
trum von Damaskus. Stark ge-
schminkte junge Frauen in engen
T-Shirts schlendern durch diese ar-
chaischen Duftwolken, bleiben an
den blanken Vitrinen nobler Klei-
dergeschäfte stehen und betrach-
ten die Auslagen. Anders als in ar-
abischen Nachbarländern bestehen
in Syrien verschiedene Lebensstile
nebeneinander. Das gilt auch für
die religiöse Fastenzeit, an die sich
nicht alle halten, und die Kleider-
ordnung: Manche Frauen tragen
das Kopftuch, andere lassen ihre
Haare bis zur Gürtellinie fallen.

Eigentlich war der Ramadan
nur am Verkehr zu spüren. Die ver-
beulten, gelben Taxis und die weiß-
en Kleinbusse schoben sich Stoß-
stange an Stoßstange durch die
breiten Straßen. Die täglichen
Staus und der Smog waren noch
dichter als sonst, die Fahrweise
noch chaotischer. Nur in den en-
gen Gassen der Altstadt herrschte
die übliche Stille. Hier gibt es kei-
ne Autos, nur die Pferde der Ge-
müsehändler. Tür an Tür leben in
der ältesten durchgehend bewoh-
nen Stadt der Welt Muslime, Chris-
ten verschiedener Konfessionen,
ein paar übriggebliebene Juden.

Inbesondere Christen, die
mehr als zehn Prozent der Bevölke-
rung stellen, haben Bilder des jun-
gen Präsidenten Baschar al Assad
an die Wände ihrer Kramläden ge-
hängt – häufig neben Bilder des
„Alten“. An den Vater, Hafiz al As-
sad, erinnern sich die meisten
noch mit Furcht und Achtung. Er
bekämpfte die radikalen Muslim-
brüder, während Jordanien und die
Vereinigten Staaten die Islamisten

unterstützten. Der Kampf endete
im Massaker von 1982. Viele tau-
send Menschen verloren ihr Le-
ben. Doch seitdem herrscht Ruhe
in Syrien. Nicht nur Christen,
auch viele Muslime wollen mit Ex-
tremisten nichts zu tun haben.
Wenn es statt um Erdöl um Werte
ginge, sagt ein Gemüsehändler am
Thomas-Tor im Osten der Alt-
stadt, dürften sich die Vereinigten
Staaten und Europa nicht mit dem
totalitären saudischen Regime aus
der „islamischen Steinzeit“ verbün-

Der 11. September hat Saudi-Arabiens Glaubwürdigkeit in der islamischen Welt zerstört.

den, sondern mit dem säkularen
Syrien. Niemand versteht, warum
plötzlich die sozialistische Baath-
Partei und Al Qaida, daß Baschar
al Assad und Usama Bin Ladin von
Washington in einen Topf gewor-
fen werden.

In einer Zeit, in der ein Erstar-
ken des politischen Islam in der ar-
abischen Welt dem Westen Sorge
macht und als Nährboden des Ter-
rorismus gilt, hat sich in Syrien ein
bemerkenswerter gesellschaftlicher
Säkularismus gehalten. Toleranz
und religiöser Pluralismus haben
in Syrien eine Tradition, die weit
hinter die Machtübernahme durch
Angehörige der liberalen schiiti-
schen Alawiten-Sekte zurück-
reicht. Es ist freilich kein Säkularis-
mus europäischen Zuschnitts. Da-
von sind die Syrer weit entfernt.
Religion und Traditionen spielen

im politischen und gesellschaftli-
chen Alltag eine große Rolle.

Dennoch ist das Leben freier,
insbesondere für Frauen, als in den
meisten anderen arabischen Staa-
ten. Das Zivilgesetzbuch ist säkular
nach französischem Vorbild. Fra-
uen dürfen etwa selbst die
Scheidung einreichen; vor dem Ge-
setz sind sie gleichgestellt. Sie be-
kommen gleichen Lohn für glei-
che Arbeit. Viele Syrerinnen beklei-
den mittlere Führungsrollen. An
den Universitäten stellen sie mehr
als die Hälfte der Studenten.

Die Islamisten des Landes sind
geläutert. Sie unterhalten Bezie-
hungen zur säkularen Opposition,
die sich Zivilgesellschaftsbewe-
gung nennt. Mit ihr sind die Islami-
sten sich darin einig, daß die De-
mokratie das Ziel der politischen
Entwicklung sein sollte.

Der Christ Michel Kilo, Mitbe-
gründer der Zivilgesellschaftsbewe-
gung, vergleicht die heutigen Islami-
sten in Syrien mit der in der
Türkei regierenden gemäßigten
AKP von Ministerpräsident Recep
Tayyip Erdogan. „Ich glaube, daß
die Islamisten eine gemäßigte
Kraft sind mit demokratischen
Überzeugungen.“ Deshalb werde
seine Bewegung dem Regime kei-
ne Gelegenheit geben, sie gegen-
einander auszuspielen. „Wenn mei-
ne Meinung Ausdruck einer bür-
gerlichen, laizistischen Demokra-
tie ist und ihre einer islamischen,
dann ist das gut, solange wir die
Demokratie als gemeinsamen Nen-
ner haben.“

Die islamische Strömung in Sy-
rien habe stets die radikalen Wah-
habiten Saudi-Arabiens abgelehnt.
Der „11. September“ hat diese Ab-
lehnung noch verstärkt: „Saudi-
Arabien ist in der islamischen Welt
nicht mehr glaubwürdig“, gibt sich

Kilo überzeugt. Der syrische Philo-
soph Sadik al Azm geht sogar noch
weiter: „Auf der ganzen Welt ist
der radikale Islam im Niedergang
begriffen.“ Falls es einen Regime-
wechsel geben sollte, behielte in Sy-
rien „ein moderater Islam der am
Handel ausgerichteten Mittelklas-
se“ die Oberhand. Natürlich lasse
sich daran zweifeln, sagt al Azm.
Aber die Angst vor dem radikalen
Islam benutze das Regime als Aus-
rede, um nichts zu verändern.

Es hat den Anschein, als habe
der politische Islam in Syrien eine
Entwicklung hin zur Mäßigung
durchgemacht. Der Kopf der syri-
schen Muslimbrüder ist seit 1996
Scheich Ali Sadr al Din al Bajanuni.
In London veröffentlichte die
Bewegung im Mai 2001 eine Erklä-
rung, in der sie einen Richtungs-
wechsel vollzog. Die Muslimbrü-
der verpflichteten sich darin auf
Demokratie, freie Wahlen, den
Rechtsstaat, Gewaltenteilung und
Pluralismus. Später wurde sie er-
gänzt um eine stärkere Betonung
der Rolle des Islams.

Neben den reformierten Mus-
limbrüdern besteht in Syrien eine
weitere islamische Kraft. Kristalli-
sationspunkt dieser Strömung ist
der greise Mufti von Damaskus,
Scheich Ahmad Kufaro, und
Scheich Mohammed al Habasch,
sein Enkel und Vorsitzender des Is-
lamic Center for Policy Studies
und seit März Abgeordneter im
Parlament.

Im säkularen Syrien stehen nach
Habaschs Ansicht Staat und Gesell-
schaft in einem „harmonischen
Verhältnis“ zueinander. „Wir leh-
nen den Gedanken ab, daß der Is-
lam alle vorangegangenen Religio-
nen aufhebt“, sagt er. Seine Ideen
rückt er selbst in die Nähe der eu-
ropäischen Aufklärung. Als Ziel



Eine Tradition der Toleranz und des religiösen Pluralismus

Foto archivberlin

nennt Habasch die Demokratie, doch der Weg dorthin müsse behutsam begangen werden: „Unsere Priorität ist es, eine islamische Erneuerung zu schaffen, bevor wir zur Demokratie übergehen. Wir müssen unsere Ideen vom Islam berichtigen.“ Das hat ihn jüngst so-

gar von Kufaro entfremdet, der wissen ließ, Habasch spreche nicht mehr für ihn.

Habasch spielt eine Doppelrolle. Einerseits geißelt er die „spirituelle Leere“ des Westens und idealisiert die islamischen Gesellschaften als „saubere Orte“ des Frie-

dens. Andererseits übt er harsche Selbstkritik, auch an Muslimen im Westen, die ihr Gastland als „Spielwiese für ihre Gelüste“ und „Markt für ihre Profite“ ansehen, ohne sich ihnen gegenüber loyal zu verhalten. Habasch predigt auch regelmäßig in der Al-Zahara-Moschee in Mezze, einem gehobenen Neubaugebiet in Damaskus, und freut sich über den regen Zulauf: „Mehr als 5000 Leute kommen jeden Freitag.“

Seine Beziehungen zur Regierung sind zwiespältig. Auf der einen Seite arbeitet sein Institut illegal, weil die Baath-Ideologie derartige zivilgesellschaftliche Einrichtungen eigentlich nicht zulässt. Andererseits sei das Verhältnis aber gut. Skeptiker bezeichnen Kufaro und Habasch als Handlanger des Regimes. Denn mit Kufaro, der staatlich anerkannten Autorität der syrischen Sunniten, könnten die regierenden Alawiten ihr Ketzer-Image bei Sunniten abschütteln und damit ihre gesellschaftliche Basis verbreitern.

Es ist aber auch ein Fortschritt, daß die Baathisten eine Umgebung geschaffen haben, wo ein liberaler Islam nicht nur starke Institutionen herausbilden kann, sondern auch Anhänger findet. Sollte es zu einer politischen Öffnung kommen, könnten Habasch und seine Bewegung das Netz bilden, mit dem sich eine Radikalisierung der Muslime verhindern ließe.

Baschar al Assad, der innen- und außenpolitisch immer stärker unter Druck gerät, hat sich aber mit den liberalen Tendenzen im Land noch nicht richtig angefreundet und versucht, auf die Zivilgesellschaftsbewegung einzuwirken. Einige Mitglieder berichten von Treffen mit Geheimdienstmitarbeitern, die versucht hätten, sie anzuwerben oder sie zumindest von der Politik der Regierung zu überzeugen. Auch sei ihnen gedroht worden: „Syrien werde bedroht durch die Vereinigten Staaten und Israel, sagen sie. Wir müßten darum unsere Kritik zügeln.“